

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

Globalisierung aktiv gestalten!

Einleitung

Die Globalisierung ist definiert durch unterschiedlichste Entwicklungen in Politik und Wirtschaft, in der Kultur und Kommunikation, die zur Vertiefung weltweiter Zusammenarbeit und Abhängigkeiten führen. Die Folgen dieser Entwicklung sind für alle direkt im Alltag oder vermittelt über die Medien zu beobachten und zu spüren.

Globalisierung bringt Veränderungen und Ungewissheiten mit sich, vor denen viele Menschen Angst haben. Globalisierung bietet aber auch vielfältige Chancen für die Gestaltung einer friedlicheren und gerechteren Welt.

Dazu bedarf es einer aktiven Rolle der Politik, nicht nur, aber auch bei der Gestaltung des Wirtschaftssystems. Damit die Globalisierung allen Menschen oder doch weit mehr Menschen als heute zugute kommt, müssen die Regierungen sinnvolle Rahmenbedingungen schaffen. Hier sind Politik und Zivilgesellschaft gefordert.

Es ist notwendig, die wichtigsten Felder der Globalisierung, die direkt bzw. indirekt auf unseren Staat einwirken bzw. von ihm ausgehen zu beleuchten und zu analysieren sowie daraus Forderungen ableiten, die der Globalisierung ein sozialdemokratisches Antlitz verleihen können und uns unserem Ziel nach mehr sozialer Gerechtigkeit näher bringen.

Eine andere Welt ist möglich – darum gilt es zu gestalten statt zu verzagen!

1. Internationale Finanzmärkte – Chancen und Risiken

1.1 Die Entwicklung der Finanzmärkte in Europa und deren Folgen

Die Finanzmärkte sind unbestreitbar jener Bereich, der am stärksten und folgenschwersten durch die Globalisierung umgestaltet worden ist. Dies liegt vor allem an den geringen Mobilisierungskosten durch die teilweise bis ganze Aufhebung von Kapitalverkehrsbeschränkungen in der EU, der OECD und auch weltweit. Anleger können minutenschnell ihr Geldvermögen international umschichten oder flüssiges Geld in den verschiedensten Währungen anlegen. In Europa führten die Schwankungen der Devisenmärkte zum Handeln der politisch Verantwortlichen in Form von Kapitalverkehrsfreiheit durch die Währungsunion. Hierdurch konnte die Unsicherheit bei grenzüberschreitenden Transaktionen in Europa ausgeschaltet werden.

Der Schritt zur Währungsunion hat es mit sich gebracht, dass eine Verminderung von Unsicherheit

1 und eine Vereinfachung ökonomischer Transaktionen erreicht werden konnte. Er führt aber zugleich
2 zu einer Verschärfung der negativen Auswirkungen der Globalisierung, da mit dieser Entwicklung
3 alle anderen Systemelemente, vor allem die nationalen Löhne, unter verstärkten Anpassungsdruck
4 gesetzt werden. Denn bei einer Einheitswährung kann sich ein beteiligtes Land dem Kostenwettbe-
5 werb nicht mehr einfach durch eine Währungsabwertung entziehen. Der Markt wird durchsichtiger,
6 der Wettbewerb noch härter und eine negative wirtschaftliche und soziale Entwicklung für den Na-
7 tionalstaat wahrscheinlicher. Wir fordern daher zum Ausgleich ein konkretes Handeln auf europäi-
8 scher Ebene. Nach der Vergemeinschaftung der Geld- und Währungspolitik bedarf es nun einer
9 wachstums- und beschäftigungsorientierten Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik.
10 Hierzu sind verbindliche gesamtwirtschaftliche Vorgaben notwendig.

11 National können Maßnahmen wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns einem vom frei-
12 en Markt provozierten Lohndumping entgegenwirken und einem wettbewerbsbedingten Abwärts-
13 trend bezüglich des Lebensstandards der ArbeitnehmerInnen entgegenwirken.

14 Im internationalen Wettbewerb sollten des Weiteren Sozialstandards bei der Entscheidung über die
15 Einführung von Produkten zentral berücksichtigt werden. Auf europäischer Ebene existieren zwar
16 schon Sozialstandards, diese müssen jedoch deutlich ausgebaut werden. Außerdem fordern wir, dass
17 die Einführung von Produkten in die EU an einen Katalog von hohen Sozialstandards gekoppelt
18 wird, die in den Ländern gelten müssen, aus denen die Produkte stammen.

19

20 1.2 Entkopplung der Finanz- und Warenmärkte

21 Der Handel an den Devisenmärkten konzentriert sich seit der Einführung des Euro auf das Wäh-
22 rungsdreieck US-Dollar - Euro - Yen. Daneben haben auch das Britische Pfund und der Schweizer
23 Franken erhebliches Gewicht. Hauptakteure sind neben den beteiligten Notenbanken die "institutio-
24 nellen Anleger", also "Kapitalsammelstellen" wie Versicherungen, Pensions- und Investmentfonds
25 sowie auch Staatsfonds. Sie geben die Richtung vor, an der sich die kleinen Anleger orientieren.
26 Der Euro beeinflusst in hohem Maße das Marktverhalten der Anleger. In Europa zählt nun nicht
27 mehr das Länderrisiko, sondern nur noch das Branchen- oder das individuelle Unternehmensrisiko.

28 Kaum vorstellbare Beträge an Finanzkapital werden tagtäglich weltweit hin und her verschoben.
29 Ziel ist es, Ertragsdifferenzen - zum Beispiel Zinsunterschiede zwischen verschiedenen Währungs-
30 räumen – auszunutzen. Solche Differenzen ergeben sich vor allem aus von den Marktteilnehmern
31 erwarteten Wechselkursänderungen. Dieses sekundenschnelle und kaum planbare Risikospiele erhöht
32 immens den Druck der politisch Verantwortlichen gegenüber ihrer Währungsstabilität. Die damit
33 verbundenen Kursschwankungen führen zu einer erhöhten Unsicherheit in internationalen Ge-

1 schäftsbeziehungen. Daher greifen die Notenbanken immer wieder mit Stützungskäufen bzw. –ver-
2 käufen am Devisenmarkt ein oder erhöhend das Zinsniveau, um Kapitalabflüsse größeren Ausma-
3 ßes zu vermeiden. Das kann sie natürlich nur in engen Grenzen durchhalten, weil sich mit zuneh-
4 mender Intervention ihre Devisenreserven erschöpfen und weil ein zu hoher Zins der Konjunktur im
5 Lande schadet. Früher oder später muss der aufgestaute Anpassungsbedarf daher in eine Wechsel-
6 kurskorrektur münden.

7 Durch Wechselkurskorrekturen wurden deshalb zuweilen enorme Ertragssprünge realisiert. Dies hat
8 dazu geführt, dass zumindest auf kürzere Sicht immer weniger die zu Grunde liegenden Handelsge-
9 schäfte und die Fundamentaldaten als vielmehr die davon abgelöste Spekulation oder Arbitrage den
10 Kurs bestimmen und andere Devisenmarktteilnehmer verunsichern. Weil es in Anbetracht der im-
11 mensen Transaktionssummen den Notenbanken kaum noch möglich war, die Spekulation durch
12 Kursstützung zu entmutigen, wurde 1993 in der EU das EWS faktisch außer Kraft gesetzt, indem
13 die vereinbarten höchstzulässigen wechselseitigen Kursschwankungen der Teilnahmewährungen
14 von $\pm 2,25$ Prozent auf ± 15 Prozent erweitert wurden.

15 In diesem Zusammenhang fordern wir daher eine Neuausrichtung der Messkriterien der Zentralban-
16 ken auf europäischer und nationaler Ebene. Das Kriterium der Preisstabilität alleine reicht nicht aus.
17 Vielmehr muss auch das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht berücksichtigt werden, wie es im Üb-
18 rigen in den USA schon seit Jahrzehnten üblich ist.

19

20 1.3 Die negative Entwicklung des Derivatenshandels

21 Die Schwankungen der Devisen- und Finanzmärkte haben seit den achtziger Jahren neue Finanzin-
22 strumente hervorgebracht, die vom Basisgeschäft abgeleitet sind und deswegen Derivate heißen.
23 Hierzu gehören in erster Linie Terminkontrakte. Derivate bilden nicht per se eine Gefahr für das in-
24 ternationale Finanzsystem. Doch kann mit ihnen auch spekuliert werden. Die Volatilität der Devi-
25 sen- und Finanzmärkte, die das Derivatgeschäft ja erst hervorgebracht hat, könnte hierdurch noch
26 gesteigert und dadurch die Stabilität des internationalen Finanzsystems erschüttert werden.

27 Wenn sich Finanzinstitute verspekulieren und zusammenbrechen, kann es zu Kettenreaktionen
28 kommen (Domino-Effekt), da die Institute häufig untereinander verschuldet sind oder Geld gemein-
29 sam in Großprojekte investiert haben. Dann nehmen auch die Einleger Schaden. Großes Aufsehen
30 erregte im Februar 1995 in diesem Zusammenhang der Kollaps der 232 Jahre alten britischen Han-
31 delsbank Barings: Ein in Singapur tätiger Devisen- und Derivatenshändler von "Baring Futures Sin-
32 gapore" hatte unkontrolliert auf Kurssteigerungen für eine bestimmte Gruppe japanischer Aktien
33 spekuliert. Doch die Kursentwicklung verlief anhaltend genau seinen Erwartungen entgegengesetzt,

1 er musste sich zu den Fälligkeitsterminen jeweils teuer eindecken und verspielte fast 1,4 Milliarden
2 Dollar. Nicht nur das Singapurere Tochterunternehmen, auch die britische Muttergesellschaft brach
3 daraufhin zusammen.

4 Ein weiteres Beispiel ist die US-Immobilienkrise (Subprime-Krise) 2007 mit bisher noch nicht ab-
5 schätzbaren internationalen Folgen. Im Frühjahr 2007 erreichten in den USA die Zahlungsausfälle
6 auf diese Kredite den höchsten Stand der letzten Jahre, verursacht durch kontinuierliche Zinserhö-
7 hungen bei gleichzeitig stetigem Verfall der Immobilienpreise in den USA. Weiterreichende Aus-
8 wirkungen ergaben sich dadurch, dass die Subprime-Kredite über strukturierte Anlageformen im
9 Kapitalmarkt refinanziert wurden. Der durch die Krise ausgelöste hohe Liquiditätsbedarf spiegelte
10 sich am Geldmarkt durch einen Anstieg der Geldmarktzinsen wider. Hierdurch sahen sich wiederum
11 die Zentralbanken wichtiger Wirtschaftsnationen veranlasst, dem Geldmarkt kurzfristig Liquidität in
12 einem hohen dreistelligen Milliardenbetrag zur Verfügung zu stellen, um zu verhindern, dass die
13 Subprime-Krise eine allgemeine Kreditkrise auslöst und auf die Konjunktur schlägt. Allein die Eu-
14 ropäische Zentralbank hatte in wenigen Tagen über 200 Milliarden Euro durch so genannte Schnell-
15 tender zur Verfügung gestellt. Die US-amerikanische Federal Reserve stellte im November 2007
16 weitere rund 40 Mrd. US-Dollar zur Verfügung - die größte Geldmarkt-Intervention seit September
17 2001.

18 Aufgrund der Teilnahme von zahlreichen internationalen Bankhäusern muss diese Krise als eine
19 globale Krise verstanden werden. Allein in Deutschland gerieten die zwei Bankhäuser IKB Deut-
20 sche Industriebank und Sachsen LB in existenzbedrohende Krisen und brachen zusammen, da sie
21 ihre angekauften Forderungen nicht mehr im Geldmarkt refinanzieren konnten. Die kapitalistische
22 Zockermentalität einzelner Finanzstrategen wurde somit zu einem nationalen Problem, der Staat
23 war plötzlich zum stabilisierenden Eingreifen erwünscht und musste das unverantwortliche Handeln
24 anderer finanziell tragen. Verluste wurden stillschweigend sozialisiert, während Gewinne privati-
25 siert worden wären.

26 Aus diesem negativen Trend ergeben sich klare Forderungen, die sowohl national als auch interna-
27 tional umgesetzt werden müssen, um das Primat der Politik gegenüber dem Primat der Ökonomie
28 zu verteidigen.

29 Finanzinstitute und staatliche Aufsichtsbehörden müssen dem Marktgeschehen und insbesondere
30 dem Handel mit Derivaten einen Rahmen setzen. Eine Möglichkeit wäre, Devisengeschäfte durch
31 eine Steuer wie zum Beispiel die Tobin-Steuer oder deren Weiterentwicklung, dem Spahn-Modell,
32 zu verteuern.

33 Die daraus erzielten Einnahmen müssen einem internationalen Fonds zur Verfügung gestellt wer-
34 den, der die Gelder gemäß den wirtschaftlichen Verlusten der Verlierer durch die Globalisierung

1 transparent und gerecht verteilt. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, den Handlungsspielraum
2 der Akteure dadurch einzuschränken, dass ihre Engagements an den Devisenmärkten strenger an die
3 Ausstattung mit Eigenmitteln gebunden werden.

4 Die Institute selber müssen mehr auf innere und äußere Transparenz und Professionalisierung des
5 Risikomanagements verpflichtet werden. Die Finanzinstitute müssen verpflichtet werden, Informa-
6 tionen über die risikoreichen Geschäfte offen zu legen. Dazu bedarf es sowohl einer Verbesserung
7 der nationalen sowie internationalen Bankenaufsicht, die mit einem eindeutigen Arbeitsauftrag
8 handlungsfähig und autonom zu sein hat.

9 Ebenso gilt dies für das weltweite Finanzsystem. Wir brauchen eine Aufsicht, die den Überblick
10 über die globalen Finanzmärkte hat.

11 Dazu bedarf es eines internationalen Ordnungsrahmens, da die betroffenen Akteure global handeln
12 und somit auch nur global „zur Rechenschaft“ verpflichtet werden können.

13

14 **2. Gerechten Welthandel schaffen – ein Muss für den weltweiten sozialen Frieden**

15

16 Die EU erhebt bei Einfuhr von Waren in die EU Zölle (Protektionszölle). Diese Zölle werden mit
17 der Absicht erhoben, heimische Produkte vor günstiger ausländischer Konkurrenz zu schützen. Der
18 Marktzugang wird dadurch für viele ausländische Anbieter erschwert, da die Waren teurer werden.

19 Genauso werden nichttarifäre Handelshemmnisse durch die EU erhoben. Dies sind indirekte protek-
20 tionistische Maßnahmen der Außenhandelsbeschränkungen, die nicht Zölle, Abschöpfungen oder
21 Exportsubventionen sind. Als nichttarifäre Handelshemmnisse sind demnach indirekte handelspoli-
22 tische Einschränkungen zu verstehen wie zum Beispiel:

- 23 ● Kontingente: Mengenmäßige Beschränkungen der Einfuhren
- 24 ● Normen und Standards (vgl. DIN)
- 25 ● Kennzeichnungspflicht (Made in ..)
- 26 ● Diskriminierung bei der Zollabwicklung (*Beispiel*: In Frankreich mussten ab dem Jahr 1982
27 sämtliche japanische Videorecorder beim Import ein kleines Zollamt in [Poitiers](#) passieren,
28 das mit der Menge vollkommen überlastet war.
- 29 ● Importdepots, mit denen Zeit zwischen Beantragung und Bezahlung einer Transaktion
30 künstlich verlängert wird
- 31 ● Androhung von handelspolitischen Maßnahmen (z.B. Zölle)

- 1 ● Anforderung an Qualifikation von Dienstleistungsanbietern
- 2 ● Verwaltungsverfahren
- 3 ● Freiwillige Exportselbstbeschränkung

4 Diese Maßnahmen stellen für die meisten Entwicklungsländer ein Problem dar, da diese Handels-
5 barrieren sich die reicheren Länder damit oft gegenüber weiter verarbeitenden Industrie- und Agrar-
6 produkten aus den Entwicklungsländern abschotten.

7 Außerdem gibt es vielfältige sonstige Handelshemmnisse. Dabei handelt es sich um politische Auf-
8 lagen zum Schutz der eigenen Industrien bzw. Arbeitsplätze, die sich nicht durch Kosten- oder
9 Preissenkungen ausgleichen lassen. Beispiele sind Verbote (bzw. Genehmigungspflichten) von Im-
10 porten oder mengenmäßigen Kontingenten (z. B. von Textilimporten aus China). Dazu gehören
11 auch technische, medizinisch-gesundheitliche oder umweltpolitische Standards, deren Umsetzung
12 vor allem weniger entwickelte Länder vor große Probleme stellt. Vor allem müssen Umweltschutz
13 und soziale Entwicklung zu Leitmotiven internationaler Politik werden. Eine internationale Kon-
14 trolle durch die Zertifizierung von Produkten, die diese Standards erfüllen, wäre ein entscheidender
15 Schritt in die richtige Richtung.

16 Ein gerechter Welthandel kann nur erreicht werden, wenn die Industrienationen ihre Wirtschafts-
17 und Handelspolitik fundamental überdenken. Es sind erhebliche Zugeständnisse notwendig, damit
18 die Schwellen- und Entwicklungsländer tatsächlich auf faire Art und Weise in das Welthandelssys-
19 tem integriert werden können. Ein zukunftsfähiges Gleichgewicht im Welthandelssystem muss aus
20 diesem Grunde durch die Säulen Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Durchsetzung der Men-
21 schenrechte getragen werden.

22 Die momentane Welthandelsordnung räumt der Liberalisierung und Deregulierung des internationa-
23 len Handels im privatwirtschaftlichen Interesse Vorrang ein gegenüber einer nationalen und interna-
24 tionalen Umstrukturierung im Sinne des öffentlichen Interesses. Sie begünstigen die großen Indus-
25 trie- und Handelsnationen und global agierende Konzerne auf Kosten der ärmsten Menschen der
26 Welt.

27 Wir fordern daher die signifikanten Hemmnisse eines gerechten Welthandels zu beseitigen:

28 Das umfasst vor allem die Exportsubventionen im Agrarsektor, die Zollschränken (vor allem der
29 Europäischen Union), sowie Patentregelungen für Medikamente. Eines der größten Probleme für
30 Entwicklungsländer ist der Zugang zu bezahlbaren antiretroviralen Medikamenten gegen AIDS.
31 Durch das Fehlen eines internationalen Preissystems ist die Preispolitik nahezu uneingeschränkt den
32 Pharmafirmen überlassen. Die Weltmarktpreise für die antiretrovirale Therapie (ART) liegen bei 10
33 000 US\$ pro Patient und Jahr, von denen die Hochpreispolitik der Hersteller selten abweicht. Das

1 Medikament Nelfinavir von Roche wurde bis vor ein paar Monaten mit 6000 US\$ in der Schweiz
2 sogar billiger als in Guatemala oder der Ukraine (bis 8000 US\$ pro Patient und Jahr) vertrieben.

3 Das wirksamste Mittel zur Senkung der ART-Preise stellt bisher die Konkurrenz durch Nachahmer-
4 produkte, so genannte Generika, dar. Generikahersteller aus Indien oder Brasilien bieten die ART
5 für ca. 200 - 350 US\$ pro Patient und Jahr an.

6 Immerhin bewirkte die Herstellung der Generika und internationaler Druck auf die pharmazeutische
7 Industrie die Senkung ihrer Medikamentenpreise um zum Teil 90% in zumindest einigen, z.B. afri-
8 kanischen Ländern. Dennoch, der ausreichenden Verfügbarkeit von Medikamenten stehen die Pa-
9 tentregelungen des TRIPS-Abkommens der WTO von 1994 im Wege (TRIPS = Trade Related Intel-
10 lectual Property Rights). Dieses Abkommen gewährt den Herstellern der Originalprodukte Patent-
11 schutz für 20 Jahre und hält die Preise zur Absicherung gegen Generika künstlich hoch. 38 multina-
12 tionale Pharmafirmen klagten gegen die südafrikanische Regierung aufgrund eines von ihr erlasse-
13 nen Gesetzes, welches die Generikaproduktion im eigenen Land zuließ. Die Klagezurückziehung
14 erfolgte 2001.

15 Daher fordern wir, dass die Bundesregierung mehr Geld für den globalen Kampf gegen AIDS zur
16 Verfügung stellen muss. Außerdem sollte die Pharmaindustrie den ärmsten Ländern Medikamente
17 gegen AIDS zu den Herstellungskosten zur Verfügung stellen. Auch muss es noch großzügigere
18 Ausnahmen von Patentregelungen geben, damit die von AIDS geplagten Menschen die Medika-
19 mente auch bezahlen können.

20 Des Weiteren müssen die Schwankungen der Rohstoffpreise mit transparenten und vor allem effek-
21 tiven Maßnahmen gestützt werden, so dass vor allem Entwicklungsländer gegen diese Schwankun-
22 gen abgesichert werden, um ihnen eine gerechtere Teilhabe am Welthandel zu ermöglichen.

23 Hierzu ein Beispiel: Zuckerproduzenten der EU erhalten etwa das Dreifache des Weltmarktpreises.
24 Gleichzeitig verkauft Europa Überschusszucker zu Dumping-Preisen und drückt so die Einkommen
25 der Zucker produzierenden Entwicklungsländer. Daher muss die EU so schnell wie möglich die Re-
26 form des Zuckermarktes ohne Einmischung von Lobbyisten zügig voranbringen, um die Existenz-
27 möglichkeiten in Entwicklungsländern nicht weiter zu gefährden.

28 Wir glauben, dass die Wasserversorgung, entgegen der EU-Forderung nicht privatisiert werden darf,
29 denn die Öffnung der Wassermärkte der Entwicklungsländer für internationale Konzerne könnte zu
30 einer weiteren Verknappung und Verteuerung des Gutes Wassers in den ärmsten Ländern der Welt
31 führen. Damit wäre nicht nur die ohnehin nicht gedeckte Grundversorgung der Bevölkerung weiter
32 gefährdet, sondern würde auch jede unternehmerische Anstrengung, vor allem auf dem Agrarsektor,
33 weiter verteuern.

1 Zudem muss ein internationaler politischer Ordnungsrahmen geschaffen werden, der zur Förderung
2 von Wettbewerb und Verhinderung von Marktmissbrauch, Oligopol und Kartellbildung hinarbeiten
3 muss.

4 Ein gerechter Welthandel ist einer der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung. Handel muss
5 Chancen für Entwicklung und Armutsbekämpfung bieten, anstatt die schlechten Verhältnisse zu ze-
6 mentieren.

7

8 **3. Zum Verhältnis von Globalisierung und Sozialstaat**

9

10 Das Bild des Sozialstaats in einer globalisierten Wirtschaft als eine Gefahr für Arbeitsplätze und
11 heimische Wirtschaft, ist schlicht falsch. Vielmehr ist ein starker Sozialstaat in Zeiten der Globali-
12 sierung ein wichtiger Standortvorteil. Er sichert sozialen Frieden, der Unternehmen eine stabile In-
13 frastruktur und motivierte Arbeitskräfte bietet, garantiert durch gute Bildungspolitik die Qualität der
14 Arbeit, sichert so gut bezahlte Arbeitsplätze und trägt zu einer stabilen Gesellschaft bei. „Wo die Er-
15 werbsformen flexibler und häufig auch prekär werden, wird die zentrale Funktion des Sozialstaates
16 noch wichtiger. (...) Nur wer sich abgesichert weiß wird Risiken eingehen. Nur wer Chancen hat,
17 wird sich anstrengen.“ Das im weltweiten Vergleich gute Bildungsniveau und die gute Infrastruktur
18 Deutschlands zeigen, dass ein hoher Staatsanteil am Bruttosozialprodukt von Vorteil ist. Die hohen
19 Lohnkosten in Deutschland werden durch die hohe Produktivität der Beschäftigten in Deutschland
20 aufgewogen. In vielen Bereichen verlegen Unternehmen Arbeitsplätze wegen dieser Vorteile aus
21 dem Ausland zurück nach Deutschland. Sozialstaat und Globalisierung lassen sich nicht nur verbind-
22 en, sondern ein gut funktionierender Sozialstaat kann sogar ein Standortvorteil sein. Abgesehen
23 von ökonomischen Gesichtspunkten ist der Sozialstaat auch ein Wert an sich: Unser Ziel ist es, die
24 Menschen mit ihren Nöten nicht alleine zu lassen und Perspektiven zu bieten. Sozialstaatsabbau ist
25 keine Lösung, sondern ein Nachteil. Die skandinavischen Länder bieten ein positives Beispiel.

26 Eine gute Bildung ist die wichtigste Grundlage für unsere Unternehmen. Die Politik muss neben
27 wichtigen Reformen vor allem Geld in die Hand nehmen. „Geiz ist Geil“ darf in der Bildungspolitik
28 nicht gelten, wollen wir unsere Bürgerinnen und Bürger fit für den globalen Markt machen.

29 Deutschland ist ein Hochlohnland und muss das auch bleiben. Hörten wir auf manchen Neokonser-
30 vativen und senkten unsere Gehälter immer weiter, um mit anderen Ländern konkurrieren zu kön-
31 nen, wir würden uns chinesischen Verhältnissen annähern. Dem zunehmenden Lohndumping in
32 Deutschland muss Einhalt geboten werden.

33 In genau diese Abwärtsspirale darf Deutschland niemals gelangen. Was wir bieten können ist Quali-

1 tät und Effizienz, dass weiß auch die Wirtschaft. Etwa jeder zwölfte Schüler verlässt in Deutschland
2 eine allgemein bildende Schule ohne einen Hauptschulabschluss – insgesamt 78.152 junge Men-
3 schen zuviel. Deshalb ist es so äußerst wichtig mehr für die Bildung unserer Bürgerinnen und Bür-
4 ger zu tun. Wir fordern daher einen ganzheitlichen Bildungsansatz, der allen Kinder die gleichen
5 Chancen gibt und auch das lebenslange Lernen berücksichtigt. Eine erfolgreiche Bildungspolitik ist
6 der Gradmesser für die Zukunftsfähigkeit eines Staates. Deutschland muss dazu mehr in Bildung in-
7 vestieren und entlarvte Bildungshemmnisse, wie das dreigliedrige Schulsystem, überwinden. Der
8 Bildungsaufbruch der SPD-Landtagsfraktion BaWü soll hier als Grundlage dienen. Um unser Land
9 fit zu machen, fit für einen harten Wettbewerb in dem Qualifikationsanforderungen und technischer
10 Fortschritt ständig steigen, brauchen wir einen ganzheitlichen Bildungsansatz, in dem sich Vorschu-
11 lische Betreuung, Schule, Studium und Weiterbildung die Hand reichen.

12 Allerdings darf beim Ausbau des vorsorgenden Sozialstaates der nachsorgende Sozialstaat nicht
13 vernachlässigt werden. Bei einem gut ausgebauten vorsorgenden Sozialstaat bleiben nur die beson-
14 ders Schwachen und Hilfsbedürftigen auf der Strecke, mit denen sich die Gesellschaft nach wie vor
15 solidarisch zeigen muss. Die skandinavischen Sozialstaaten zeigen, dass es Alternativen zum Sozi-
16 alabbau in Zeiten der Globalisierung gibt. Diese Sozialstaaten haben sich als robust gegen den
17 Druck von außen in Form von Steuersenkungswettbewerben erwiesen. Die „Race-to-the-bottom“-
18 These, nach der alle Sozialstandards in gut ausgebauten Sozialsystemen im Kampf um Steuer- bzw.
19 Standortvorteile auf ein Minimum heruntergefahren würden, hat sich nicht bestätigt. Der größte Un-
20 terschied zwischen dem sozialdemokratischen Sozialstaatsmodell der skandinavischen Länder und
21 den konservativen Sozialtsmodellen beispielsweise Deutschlands und Frankreichs ist die stärkere
22 Steuerfinanzierung von Sozialleistungen. Seit Bismarcks Zeiten dominiert in Deutschland die Bei-
23 tragsfinanzierung, die dadurch charakterisiert ist, dass sich die Höhe der Sozialleistungen an der
24 Höhe der eingezahlten Beiträge orientiert. Die Beitragsfinanzierung verfestigt daher soziale Unter-
25 schiede, wohingegen die Steuerfinanzierung eine einheitliche, relativ hohe, Grundsicherung ge-
26 währleisten könnte, die dazu beiträgt, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen. Allerdings kann
27 man nicht geben, ohne zu nehmen. Die Erhöhung von einigen Steuern ist unumgänglich.

28 Generell müssen Sozialleistungen des Sozialsystems stärker steuerfinanziert werden. Ein erster
29 richtiger Schritt in diese Richtung war die Ökosteuer, die zur Sicherung der Renten beiträgt. Dies
30 sollte stärker ins öffentliche Blickfeld gerückt werden.

31 Zweitens fordern wir, dass Privatvermögen deutlich höher besteuert werden. Durch steigende Erb-
32 schaften und einer immer ungleicheren Einkommensverteilung wächst die Kluft zwischen Arm und
33 Reich. Wir streben als Ausgleich eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und eine Wiedereinführung
34 der Vermögenssteuer zur Finanzierung von Sozialleistungen an. Im Zeitraum von 1996 bis 2005

1 sind in der Bundesrepublik 1,5 Billionen Euro vererbt worden. Dieser Betrag wird für den Zeitraum
2 von 2006 bis 2015 Schätzungen zufolge deutlich steigen auf 2,55 Billionen Euro. Im Jahr 2006 hat
3 Baden-Württemberg bei einem Landeshaushalt von 32 Milliarden Euro nur 556,5 Millionen Euro
4 aus der Erbschaftssteuer eingenommen. Sogar in den USA gelten längst hohe Erbschaftssteuern und
5 niedrige Einkommenssteuern als gerecht. Würde man eine Vermögenssteuer von nur einem Prozent
6 erheben, würden alleine die vier reichsten Baden-Württemberger 150 Millionen Euro jährlich zum
7 Landeshaushalt beitragen. Durch steuerliche Tricks können auch Unternehmen es erreichen, prak-
8 tisch keine Steuern zu bezahlen. Dem muss durch die Abschaffung solcher Steuerschlupflöcher und
9 einer angemessenen Besteuerung von Gewinnen entgegen gewirkt werden.

10

11 **Schluss**

12 Die Globalisierung ist ein Phänomen, das sich praktisch auf eine Vielzahl politischer Bereiche aus-
13 wirkt. Daher ist es unabdingbar, sich jene Mosaiksteine zuerst vorzunehmen, die direkten Einfluss
14 auf die Lebensumstände und den sozialen Wohlstand der Menschen haben. Globalisierung darf bei
15 dieser Betrachtungsweise nicht generell verteufelt, aber auch nicht pauschal verherrlicht werden.
16 Vielmehr ist eine differenzierte und mutige Betrachtungsweise von Nöten, die Probleme offen an-
17 spricht und sowohl die Gewinner als auch die Verlierer berücksichtigt. Dabei darf das Gestaltungs-
18 potential der Politik weder national noch international kleingeredet werden. Wer, wenn nicht das
19 politische System, sollte für einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Zivilgesellschaft sorgen kön-
20 nen? Der Grundsatz des Primats der Politik muss daher konsequent durchgesetzt werden und darf
21 nicht für wirtschaftliche Interessen bzw. wirtschaftlichen Druck aufgegeben werden. Es ist an der
22 Zeit, sich diese Gestaltungsmacht wieder selbst zuzugestehen und Kritikern bzw. Gegnern ihre
23 Grenzen aufzuzeigen. Ökonomischer Fortschritt darf nicht gegen sozialen Frieden ausgespielt wer-
24 den. Weder national noch international. Die Geschichte hat gezeigt, dass nur ein demokratisch-poli-
25 tisches Korrektiv beides gewährleisten kann. Diese Einsicht sollte wieder zum Grundsatz sozialde-
26 mokratischen Handelns werden. Darum: Globalisierung aktiv gestalten!